

GEMEINSAMER ANTRAG Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE) Stadtrat Johannes Honné (GRÜNE) GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Stadträtin Doris Baitinger (SPD) Stadtrat Hans Pfalzgraf (SPD) SPD-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Lüppo Cramer (KAL) Stadtrat Dr. Eberhard Fischer (KAL) KAL-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Friedemann Kalmbach (GfK) vom 23. August 2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	14. Plenarsitzung Gemeinderat 21.09.2010 491 15 öffentlich
Förderung des öffentlichen Nahverkehrs durch das Land		

Die Stadtverwaltung setzt sich gegenüber der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen sowie beim Deutschen Städtetag dafür ein, dass

1. baldmöglichst die Förderung bei der Beschaffung von Schienenfahrzeugen im früheren Umfang wieder aufgenommen wird,
2. auch nach 2013 die Zweckbindung der GVFG-Mittel für den öffentlichen Nahverkehr erhalten wird.

Sachverhalt/Begründung:

Eine wesentliche Aufgabe aller staatlichen Ebenen ist die Sicherstellung eines angemessenen öffentlichen Verkehrs. Gerade für Umwelt- und Klimaschutz ist eine emissionsarme Mobilität von besonderer Bedeutung.

Derzeit wird aber der Kauf von neuen Straßen- und Stadtbahnen nicht mehr vom Land gefördert, weder im SPNV aus Regionalisierungsmitteln noch im ÖPNV aus GVFG-Mitteln. Das ist jedoch dringend notwendig, weil die Verkehrsunternehmen diese Anschaffungskosten nicht aus Fahrgelderlösen erbringen können. Auch die Karlsruher Verkehrsbetriebe kämpfen zunehmend mit wirtschaftlichen Zwängen: Investitionen, die zur Sicherstellung einer ausreichenden Anzahl von

Schienenfahrzeugen notwendig werden, können bereits heute nur noch mit Einschränkungen getätigt werden.

Der weitere Ausbau des ÖPNV ist zudem dadurch gefährdet, dass die Bundesregierung ihre Zuschüsse im Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bzw. Entflechtungsgesetzes für den öffentlichen Verkehr ab 2013 nicht mehr zweckgebunden zur Verfügung stellen wird. Deshalb droht für die Zukunft, dass diese Gelder im Land auch etwa für Straßenbau oder Flugverkehr verwendet werden können.

Ohne diese Förderung wäre aber der weitere Ausbau des Schienennetzes kaum mehr möglich, und auch der barrierefreie Umbau von Haltestellen würde stocken.

Kommunen und kommunale Verkehrsbetriebe müssen jetzt ihre Interessen offensiv vertreten, damit zukünftige Entscheidungen nicht auf ihren Schultern ausgetragen werden bzw. zu Lasten des hochwertigen öffentlichen Nahverkehrs in Baden-Württemberg gehen.

unterzeichnet von:

Bettina Lisbach
Johannes Honné
Doris Baitinger
Hans Pfalzgraf
Lüppo Cramer
Dr. Eberhard Fischer
Eduardo Mossuto
Jürgen Wenzel
Niko Fostiropoulos
Sabine Zürn
Friedemann Kalmbach

Hauptamt - Sitzungsdienste -

10. September 2010